Landtag
Nordrhein-Westfalen
18. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 18/1063
13.11.2025

Ausschuss für Kultur und Medien

50. Sitzung (öffentlich)

13. November 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Volkan Baran (SPD) (stellv. Vorsitzender)
Andreas Bialas (SPD) (amt. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 NRW muss funktionieren: Mehr Schutz und Sicherheit im Cyberraum – Nordrhein-Westfalen braucht ein „Online-Kommissariat“ für Kinder und Jugendliche **6**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13149

Ausschussprotokoll 18/1011 (Anhörung vom 2. Oktober 2025)

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innenausschuss, den Antrag abzulehnen.

2 Qualitätsjournalismus schafft nicht nur einen hohen Wert, sondern hat auch seinen Preis – Urheberrechtschutz auch in der digitalen Welt leistungsgerecht sichern und weiterentwickeln 9

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/16209

Ausschussprotokoll 18/1011 (Anhörung vom 2. Oktober 2025)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Ralf Witzels (FDP), eine Anhörung durchzuführen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HHG 2026) 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/15000

Vorlage 18/4219 (Erläuterungsband zu EP 02)
Vorlage 18/4292 (Einbringungsrede)

Vorlage 18/4175
Vorlage 18/4330
Vorlage 18/4341
Vorlage 18/4398

– Einzelplan 02, Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten
– Einzelplan 06, Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft

In Verbindung mit:

Aktueller Sachstand zum Kulturetat 2026 *(Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und FDP [siehe Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4518

Einzelplan 02 – Ministerpräsident 10

– Bericht durch StS Dr. Bernd Schulte (MBEIM)

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD empfiehlt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Haushalts- und Finanzausschuss die Annahme des Einzelplans 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.

Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft **15**

– Bericht durch Ministerin Ina Brandes (MKW)

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD sowie bei Enthaltung der SPD-Fraktion empfiehlt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Haushalts- und Finanzausschuss die Annahme des Einzelplans 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.

4 Verschiedenes **25**

a) Informationsfahrt anlässlich der Internationalen Filmfestspiele Berlin 2026 **25**

Mit den Stimmen aller Fraktionen beschließt der Ausschuss, dass Herr Präsident um Genehmigung einer Informationsfahrt des Ausschusses vom 15. bis 16. Februar 2026 anlässlich der Berlinale nach Berlin ersucht wird.

b) Vorlage 18/4410 – Kulturförderbericht 2023 **25**

c) Frage Ralf Witzel (FDP) **25**

5 Kulturelle Bildung im Bereich Film stärken: Nordrhein-Westfalen braucht eine Filmbildungsstrategie statt Kürzungen! **27**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/16204

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Andreas Bialas (SPD), eine Anhörung durchzuführen.

6 Zukunft des Oberschlesischen Landesmuseums *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [siehe Anlage 2])* **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4500

– Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas begrüßt Staatssekretär Dr. Schulte in Vertretung für Minister Liminski.

Die Vorsitzende Frau Osei lasse sich entschuldigen. Der stellvertretende Vorsitzende Herr Baran verspäte sich etwas. Insofern werde zunächst er die Sitzung leiten.

Als neues Ausschussmitglied begrüße er Frau Petra Vogt. Bei Herrn Guido Görtz bedanke er sich für seine jahrelange Arbeit im Ausschuss.

1 NRW muss funktionieren: Mehr Schutz und Sicherheit im Cyberraum – Nordrhein-Westfalen braucht ein „Online-Kommissariat“ für Kinder und Jugendliche

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/13149

Ausschussprotokoll 18/1011 (Anhörung vom 2. Oktober 2025)

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/13149 an den Innenausschuss – federführend – sowie den Ausschuss für Kultur und Medien)

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas leitet ein, der federführende Innenausschuss tage heute parallel und beabsichtige, den Antrag abschließend zu beraten. Insoweit müsse heute votiert werden.

Ina Blumenthal (SPD) führt aus, es bestehe Einigkeit, wie wichtig Medienkompetenz für Kinder und der Schutz von Kindern sei, denen sie sich selber nicht geben könnten. Insofern wäre ein Online-Kommissariat für Kinder und Jugendliche ein sehr wirksames Mittel, ein sehr wirksamer Raum, ein ansprechbarer Raum für Kinder und Jugendliche gerade im Bereich der sozialen Medien, im Netz, überall dort, wo Cyberkriminalität stattfinde.

Die Anhörung habe deutlich gemacht, dass ein Online-Kommissariat eben nicht nur eine gute Maßnahme, sondern im Grunde genommen auch ein Leuchtprojekt für andere Bundesländer wäre. Nordrhein-Westfalen würde eine Vorreiterrolle einnehmen können.

Kinder und Jugendliche verbrächten immer mehr Zeit im Internet, auf sozialen Plattformen. Gerade deswegen brauche es in Nordrhein-Westfalen ein niedrigschwelliges Angebot, damit Kinder und Jugendliche einerseits Beratung und andererseits Prävention erfahren könnten. Von daher werbe ihre Fraktion um Zustimmung zu dem Antrag.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) sagt, der Antrag gehe in die richtige Richtung, greife jedoch etwas zu kurz. Gleichwohl werde seine Fraktion ihm zustimmen, vor allen Dingen aus einem der beiden Aspekte, die man da unterscheiden müsse, nämlich aus dem innenpolitischen Aspekt. Beim medienpolitischen Aspekt gelte es vor allen Dingen drei Dinge zu beachten, wie die Anhörung gezeigt habe.

Erstens gingen Kinder nicht zur Polizei, wenn sie Angst hätten. Sie bräuchten also vorher jemandem, dem sie Vertrauen entgegenbrächten, ohne Furcht vor Konsequenzen. Deswegen müsse der erste Kontakt über nichtpolizeiliche Beratungsstellen laufen. Nur so könne echtes Vertrauen aufgebaut werden.

Zweitens. Die digitale Präsenz der Polizei sei für junge Menschen oft eine Katastrophe. Textlastige Webseiten, unklare Wege, abschreckende Botschaften seien sie nicht

gewohnt. Die Kommunikation müsse in der Lebenswelt der Kinder verwurzelt sein – mit Videos, Bildern, einfacher Sprache; in Streams, auf Gaming-Plattformen, in den sozialen Medien.

Drittens. Das Internet kenne keine Landesgrenzen. Ein NRW-Kommissariat sei ein Anfang, aber keine Lösung. Deswegen müsse das Ganze bundesweit ausgerollt werden.

Eine Onlinewache, die nicht in der digitalen Sprache der Kinder spreche, werde scheitern. Man müsse jetzt handeln. Der Antrag der SPD gehe genau in die richtige Richtung.

Andrea Stullich (CDU) legt dar, der Antrag sei leider ein bisschen unausgereift, denn die praktische Umsetzung werfe erhebliche Fragen auf. Beispielsweise vermisse sie ein belastbares Konzept für Zuständigkeiten, Personal, IT, Qualitätssicherung, rechtsethische Leitplanken. In der Anhörung hätten polizeinahe Stimmen vor Doppelstrukturen gewarnt und geraten, erst einmal Bestehendes zu stärken, statt Neues aufzusetzen. Insofern werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen müssen.

Das im Antrag beschriebene Problem, so **Ralf Witzel (FDP)**, liege sicherlich vor und beschäftige alle hier im Raum. Auch die Anhörung habe gezeigt, es gebe erkennbar Handlungsbedarf. Die Sachverhalte hätten in den letzten Jahren zugenommen, was man nicht so laufen lassen sollte. Insofern finde er es vom Grundsatz her richtig, neue Wege auszuprobieren. Das Votum der FDP sollte so verstanden werden, dass man sich das mal in Form eines Pilotprojektes anschaue, ob sich die Vorteile, die der Antrag bewerbe und den sich die antragstellende Fraktion davon verspreche, in der Praxis tatsächlich so einstellen würden. Wenn bisherige Strukturen nicht zur vollständigen Lösung des Problems beitrügen, wolle man offen dafür sein, neue Wege auszuprobieren.

Dies sei jedoch keine Zusage, das in jedem Fall, um jeden Preis und auf Dauer zu machen. Es würde eine weitere Struktur eingezogen. Man müsse sich angucken, ob Doppelstrukturen tatsächlich den Vorteil hätten, niedrigschwelliger zu sein, oder den Nachteil, Kapazitäten zu binden. Auch dass pädagogische Ansätze mit polizeilichen Ermittlungen gemischt würden, sei eine Herausforderung in der Aufstellung der Behördenstrukturen. Aber man werde nicht dümmer dadurch, dass man Vorschläge und Anregungen ausprobiere.

Ihn interessiere die Meinung der Landesregierung zu dem Antrag.

Frank Jablonski (GRÜNE) bedankt sich bei der antragstellenden Fraktion für den Antrag. Es gehe um ein sehr wichtiges und richtiges Thema. Erschütternde Beispiele aus der Praxis im Rahmen der Anhörung hätten gezeigt, wie vulnerabel Kinder und Jugendlichen im Internet seien. Es gehe nicht nur um Mobbing und Cybergrooming, sondern auch um Radikalisierung, Aufforderung zur Begehung von Straftaten und natürlich sexualisierte Gewalt. Daher sei es wichtig, die Kinder und Jugendlichen im Internet zu schützen. Aber der Vorschlag der SPD sei nach seiner Meinung nicht ausreichend. Vielmehr müsse es ein ganzheitliches Konzept geben. Kinder bräuchten besondere Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und müssten wissen, welche Folgen es habe, wenn sie eine Strafanzeige stellten. Rein rechtlich müssten Strafanzeigen

über die Eltern gestellt werden. Der Erstkontakt durch Kräfte, die nicht Polizeibeamtinnen seien, sei nach seiner Meinung dringend erforderlich. Natürlich solle die Polizei im Internet präsent sein, schon allein, um zu zeigen, dass das Internet kein rechtsfreier Raum sei, aber ein Online-Kommissariat würde dafür nicht ausreichen. Deswegen werde man den Antrag ablehnen.

StS Dr. Bernd Schulte (MBEIM) betont, auch aus Sicht der Landesregierung verdienten Kinder und Jugendliche im digitalen Raum besonderen Schutz, genauso wie im echten Leben. Cybermobbing, Cybergrooming und digitale Gewalt seien reale Bedrohungen, denen man sich als Gesellschaft entschlossen entgegenstellen müsse. Diese Verantwortung nehme die Landesregierung sehr ernst. Das Ziel dabei sei klar, man wolle jungen Menschen eine sichere und selbstbestimmte digitale Umgebung ermöglichen.

Dabei klinge die Forderung nach einem sogenannten Online-Kommissariat auf den ersten Blick nach Handlungsstärke, sei aber im Ergebnis der falsche Weg, wie die Anhörung gezeigt habe. Man brauche keine zusätzliche Anlaufstelle, sondern stattdessen setze man auf Rechtsdurchsetzung, Prävention und auf die Stärkung bestehender Strukturen.

Bestehende Rechtsvorschriften gälten uneingeschränkt auch im digitalen Raum. Plattformanbieter müssten die bestehenden Pflichten und Schutzstandards einhalten, insbesondere dann, wenn es um junge Menschen gehe. Hier gehe es nicht um Symbolpolitik, sondern um Rechtsdurchsetzung und Verantwortung.

Neben Intervention setze die Landesregierung dabei auf Prävention. Kinder und Jugendliche müssten gestärkt werden, bevor etwas passiere. Darum investiere die Landesregierung in Medienkompetenzbildung zur Stärkung digitaler Resilienz, damit Kinder und Jugendliche wüssten, wie sie sich im Netz schützen könnten, und Vertrauen in bestehende Institutionen hätten.

Insofern brauche man kein neues Online-Kommissariat, sondern konsequente Rechtsdurchsetzung, starke Strukturen und kluge Vernetzung von Sicherheitsakteuren über Schule, Jugendhilfe bis hin zu Medienkompetenzakteuren. So schaffe man echten Schutz für Kinder und Jugendliche und eine sichere digitale Zukunft.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innenausschuss, den Antrag abzulehnen.

2 Qualitätsjournalismus schafft nicht nur einen hohen Wert, sondern hat auch seinen Preis – Urheberrechtschutz auch in der digitalen Welt leistungsgerecht sichern und weiterentwickeln

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/16209

Ausschussprotokoll 18/1011 (Anhörung vom 2. Oktober 2025)

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/16209 an den Ausschuss für Kultur und Medien am 7. November 2025)

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas teilt mit, heute sei der erste Aufruf.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Ralf Witzels (FDP), eine Anhörung durchzuführen.

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas schlägt vor, die Eckpunkte in einem Obleutegespräch zu vereinbaren. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HHG 2026)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/15000

Vorlage 18/4219 (Erläuterungsband zu EP 02)
Vorlage 18/4292 (Einbringungsrede)

Vorlage 18/4175
Vorlage 18/4330
Vorlage 18/4341
Vorlage 18/4398

– Einzelplan 02, Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten
– Einzelplan 06, Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft

In Verbindung mit:

Aktueller Sachstand zum Kulturetat 2026 *(Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und FDP [siehe Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4518

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/15000 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an die zuständigen Fachausschüsse am 17. September 2025)

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas: Ich mache darauf aufmerksam, dass dem Gesetzentwurf mit der Drucksache 18/16300 eine Ergänzung zugeflossen ist. Die haben Sie vor zwei Tagen bekommen. Des Weiteren verweise ich auf den ergänzenden Bericht des MKW in Vorlage 18/4489 zu Fragen der Fraktion der AfD sowie auf den Nachbericht in Vorlage 18/4519 zu einer Frage der Fraktion der SPD.

Wir haben vereinbart, heute die abschließende Beratung und die Abstimmung über Voten an den Haushalts- und Finanzausschuss durchzuführen. In die Beratung zu Einzelplan 06 fließt die Aussprache zu dem aktuellen Sachstandsbericht zum Kulturetat ein.

Einzelplan 02 – Ministerpräsident

Möchte die Landesregierung zur Veränderung durch die Ergänzung in Drucksache 18/16300 etwas ausführen? – Herr Dr. Schulte, Sie haben das Wort.

StS Dr. Bernd Schulte (MBEIM):

Das mache ich gerne in der gebotenen Kürze. Wie üblich in jedem Jahr gibt es zum Ende Oktober eine Steuerschätzung. Diese Steuerschätzung hat für den Landeshaushalt für das Jahr 2026 insgesamt perspektivisch zu leichteren Erleichterungen gesorgt. In einem Volumen von etwa 600.000 Euro ist der Medienetat betroffen. Es ist beabsichtigt, dass dieses Volumen quasi analog zu den beabsichtigten oder unausweichlichen Kürzungen, die mit dem Haushaltsplanentwurf, der vor der Sommerpause eingebracht wurde, einhergingen, der Film- und Medienstiftung zugutekommen soll – dort ist ja auch der größte Kürzungsbeitrag veranschlagt worden –, sodass sich die Kürzungen im Ergebnis bei nur noch unter 1 Million Euro bewegen werden. Auch das ist bedauerlich, aber im Rahmen der Konsolidierungsnotwendigkeiten aus unserer Sicht erst mal eine positive Nachricht.

Amt. Vorsitzender Andreas Bialas: Dann frage ich in die Runde, ob es Wortmeldungen gibt. – Zunächst hat Frau Blumenthal von der SPD das Wort.

Ina Blumenthal (SPD): Vielen Dank, Herr Schulte. Wir freuen uns natürlich auf der einen Seite, dass die Kürzungen bei der Film- und Medienstiftung, unser Hauptkritikpunkt, zumindest einigermaßen zurückgenommen wurden. Sie haben gerade so schön verkündet, dass die Kürzungen nur noch bei 1 Million liegen. Wir landen da bei 955.000 Euro. Nichtsdestotrotz bleibt dieser ganze Haushaltsentwurf absolut ambitionslos. Nach dem, was wir uns gerade als Antwort auf unseren Antrag anhören durften, wo Sie auch noch mal auf die Medienkompetenz hingewiesen haben, die zum Schutz der Kinder ausgebaut werden müsste, muss man mit Blick auf diesen Haushalt feststellen, dass seit 2023 hier Kürzungen vorgenommen worden sind, nämlich von 1,25 Millionen auf 920.000. Das passt aus unserer Sicht nicht zusammen.

Herr Liminski ist leider heute nicht da. Er ist jemand, und ich habe das auch schon von Ihnen vernommen, der sich durchaus auf die Fahnen schreibt, dass Nordrhein-Westfalen immer noch das Games-Land schlechthin sei. Nun stellt aber der Games-Verband im Januar 2025 fest, dass Bayern mittlerweile der beste Games-Standort sei, hat ihn also dazu gekürt. Auch das passt aus unserer Sicht nicht ganz zusammen.

Wir werden diesen Haushalt ablehnen, nicht nur aufgrund dieser Kürzungen, sondern auch, weil er aus unserer Sicht ambitionslos ist. Die Medienkompetenz wird nicht weiter ausgebaut. Der gesamte Bereich des E-Sports fällt zurück, auch noch einmal mit Blick Richtung Schleswig-Holstein. Da hätten Sie von Ihren CDU-Kollegen oben im Norden durchaus lernen können. Wir hätten uns mehr erhofft und werden ablehnen.

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran: Vielen Dank, Frau Blumenthal. – Vielen Dank, Herr Bialas, für die Übernahme der Sitzungsleitung. Ich bin leider ein bisschen zu spät gekommen, das tut mir sehr leid.

Das Wort hat Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Ich möchte zunächst an die Ausführungen von Herrn Dr. Schulte anknüpfen, weil wir immer gesagt haben, wir wollen uns als Opposition fair und konstruktiv mit dem Haushalt auseinandersetzen. Das, was Sie berichtet haben, ist zutreffend. Durch die Ergänzungsvorlage der Landesregierung vom Dienstag dieser Woche hat es Korrekturen, positive Haushaltsveränderungen auch mit Wirkung für den Medienbereich gegeben. Die halten wir, wie Sie umgekehrt auch sicherlich verstehen werden, nicht für ausreichend, wenn man sich mal das Gesamtvolumen anschaut, das Medienpolitik im Gesamthaushalt ausmacht. Das ist ein sehr geringer Prozentsatz. Da gehen unsere Vorschläge Richtung Haushaltskonsolidierung, die wir der Sache nach nicht nur für notwendig, sondern auch für ausbaufähig halten, in andere Bereiche. Die entsprechenden Anträge im Gesamtkontext des Haushalts wird Ihnen die FDP-Landtagsfraktion natürlich im weiteren Haushaltsberatungsverfahren unterbreiten. Kürzungsvorschläge unsererseits gelten aber ausdrücklich nicht für den Kultur- und Medienbereich, jedenfalls nicht, was die Summe der Ansätze angeht.

Ich will die Gelegenheit nutzen, für eine Klarstellung zu sorgen. Das ist eine Frage der Fairness. Uns hatten Hinweise erreicht, dass über die unterschiedlichen Haushaltstitel die Landesregierung im Bereich der Medienkompetenzförderung Kürzungen beabsichtige. Das hat Minister Liminski in der letzten Sitzung zurückgewiesen. Wir haben uns das noch einmal im Detail angeschaut. Das ist zutreffend, was der Minister dazu ausgeführt hat. Also, hier handelt es sich offenbar um Fake News, die auch uns dazu erreicht haben. Insofern will ich das der guten Ordnung halber hier ausdrücklich erwähnen. Das, was Minister Liminski in der letzten Sitzung zu den Haushaltspositionen dargestellt hat, ist so zutreffend. Trotzdem würden wir uns da mehr wünschen, wenn wir uns die Herausforderungen im Umgang mit Fake News und Desinformation anschauen. Sie kennen unseren Ansatz, für mehr Medienkompetenz zu sorgen und nicht für staatliche Verbote oder Regulierung. Aber die rein haushalterische Betrachtung ist genau so, wie der Minister sie dargestellt hat. Das sei hier der guten Ordnung halber auch erwähnt.

Andrea Stullich (CDU): NRW spart, und das ist, liebe Kollegin Blumenthal, nicht ambitionslos, das ist notwendig und deshalb richtig so. Wer nur die Kürzungen sieht, der übersieht, glaube ich, die Richtung, in die wir gehen. Wir sparen mit Augenmaß. Der Medienhaushalt zeigt, dass Verantwortung und Gestaltung sich eben nicht ausschließen.

Der Medienhaushalt – Herr Witzel hat es angesprochen – ist zwar mit rund 35 Millionen Euro ein vergleichsweise sehr kleiner Haushalt, aber er zeigt auch Solidarität mit den großen Zukunftsaufgaben unseres Landes. Wir sparen, um die zentralen Schwerpunkte des Landes besser ausstatten zu können. Gleichzeitig gilt, unsere medienpolitischen Prioritäten verfolgen wir natürlich mit Nachdruck weiter.

Der Haushalt steht bekanntlich auf drei Säulen: investieren, konsolidieren, priorisieren. Investieren heißt für uns, Zukunft zu gestalten mit moderner Infrastruktur, neuen Technologien und einer klimafreundlichen Industrie. Konsolidieren bedeutet, das Land finanziell stabil zu halten. Und „priorisieren“ heißt, ganz klar zu sagen, was uns wichtig ist, nämlich Bildung, Jugend, Sicherheit und der Wandel zur klimaneutralen Industrieregion. Das ist eine gemeinsame und, wie ich finde, sehr, sehr solidarische Kraftanstrengung

aller Ressorts. Auch der Medienhaushalt, auch wenn er so klein ist, leistet eben seinen Beitrag dazu, und das finde ich richtig so.

Ursprünglich sollten 1,86 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen. Die aktuelle Steuerschätzung – der Staatssekretär hat es gesagt – verschafft uns ein wenig mehr Luft. 600.000 Euro mehr als geplant stehen jetzt zur Verfügung. Das heißt, wir müssen – in Anführungsstrichen – nur noch 1,26 Millionen Euro einsparen. Die Entlastung in Höhe von 600.000 Euro fließt vollständig in die Film- und Medienstiftung NRW. Dort verringern sich die geplanten Kürzungen auf rund 950.000 Euro. Das ist wahrhaftig kein Grund zum Jubel, aber doch ein deutliches Zeichen. Wir halten Kurs und stärken dort, wo es zählt.

Unsere Medienkompetenzförderung bleibt stabil: 920.000 Euro für den #DigitalCheck NRW, den Aktionsplan gegen Desinformation und neue Projekte mit Influencern und Serious Games, denn Medienkompetenz ist heute demokratische Grundbildung.

Auch die Förderung von Journalismus und Games bleibt verlässlich.

Mit dem Bonn Institute, der Gamescom, dem Grimme-Institut sichern wir Institutionen, die den Medienstandort Nordrhein-Westfalen prägen und ihm auch nach wie vor bundesweit Strahlkraft geben, mit dem klaren Ziel, den unabhängigen Journalismus zu stärken.

Die Film- und Medienstiftung bleibt stark mit klarer Unterstützung des Landes. Das Land bleibt größter Förderer und sichert Stabilität.

Der Medienstandort NRW bleibt sichtbar. Branchentreffen, Festivals, Vernetzungsformate, all das läuft weiter, wenn auch ohne Aufwuchs.

Weitere kleinere Einsparungen vollziehen wir mit Augenmaß. So sparen wir insgesamt noch mal 180.000 Euro, ohne dass Strukturen beschädigt werden.

Nordrhein-Westfalen bleibt also bei seiner umsichtigen, vielfältigen und verlässlichen Medienpolitik, gerade auch in Zeiten, in denen jeder Euro zählt. NRW steht im dritten Rezessionsjahr in Folge. Das hat es noch nie gegeben, eine wirklich historische Ausnahmesituation. Trotzdem bleiben unsere Schwerpunkte klar. Wir sparen eben nicht mit dem Rasenmäher, sondern gezielt, um zentrale Projekte zu schützen.

Deshalb ist der Medienhaushalt 2026 ein Haushalt der Vernunft und der Verantwortung. Das halte ich für richtig. Insofern werden wir als CDU-Fraktion gerne zustimmen. Wir investieren, wo Zukunft entsteht, wir konsolidieren, wo es notwendig ist, und wir priorisieren, wo Wirkung zählt. Wir stimmen zu, und ich bitte herzlich, sich unserem Votum anzuschließen.

Frank Jablonski (GRÜNE): Wir finden diesen Haushaltsentwurf ebenfalls nicht ambitionslos. Zu den groben Rahmenlinien hat die Kollegin Stullich gerade ausführlich Stellung genommen. Wir teilen diese Einschätzung.

Mir ist wichtig, zu sagen, dass wir bei der Medienkompetenzförderung, wie auch die FDP bemerkt hat, stabil geblieben sind, weil es für uns nach wie vor ein zentrales Thema ist.

Ich erinnere daran, dass wir in verschiedenen politischen Bereichen Einsparungen, teilweise große Einsparungen vornehmen müssen. Es ist wirklich ein Zeichen von Verantwortung und Solidarität, dass wir auch im Medienbereich und auch in anderen Bereichen Kürzungen mittragen. Gleichwohl ist es der Landesregierung gelungen, die Kürzungen zurückzunehmen. Das sind erst mal sehr, sehr gute Nachrichten für den Medienstandort in NRW, wovon sich auch andere Bundesländer eine Scheibe abschneiden können.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Wir sprechen heute über mehr als 30 Millionen Euro Steuergeld, Geld, das die Bürger hart erarbeitet haben. Die Landesregierung alimentiert damit ein System staatlicher Medienabhängigkeit. Schauen wir auf die Fakten. 2021 gab NRW 26,4 Millionen Euro für Medienförderung aus, 2026 sind es weit über 30 Millionen, eine Steigerung um mehr als 16 %, während überall von Sparzwang geredet wird. Das sehen wir aber mitnichten.

Besonders eklatant ist es beim Bonn Institute. 2021 als Anschubfinanzierung verkauft, fünf Jahre später wird daraus eine dauerhafte Institution mit eigenem Haushaltstitel. 970.000 Euro jährlich für elf Stellen und ein Festival! Das Institut nennt sich „Institut für konstruktiven Journalismus“. Das klingt gut, aber wer bestimmt, was konstruktiv ist? Der Staat bestimmt es. Mit Steuergeld wird hier eine spezifische journalistische Weltanschauung gefördert. Das ist Staatsinterventionismus in Reinform, das Gegenteil von freien Medien. Wir werden Ihnen Änderungsanträge unterbreiten, die vorsehen, diesen Titel vollständig zu streichen.

Weiter zum Grimme-Institut: 2,5 Millionen Euro Landesmittel, 77 % Staatsfinanzierung, zu einem Preis, von dem Netflix, Amazon, ARD und ZDF profitieren. Meine Damen und Herren, der Grimme-Preis ist eine starke Marke. Medienunternehmen werben damit, und sie schmücken sich mit ihm. Warum zahlen dann nicht die, die davon profitieren? Unser Antrag: Einstellung der institutionellen Förderung.

Die Film- und Medienstiftung erhält 26 Millionen Euro. Sie verfügt gleichzeitig über 5 Millionen Euro nicht verbrauchte Mittel. 5 Millionen liegen da ungenutzt. Trotzdem gibt es 16 Millionen neue Mittel. Das ist Verschwendung. Die Filmbranche hat sich überdies fundamental verändert. Netflix investiert Milliarden in deutsche Produktionen. Viele andere produzieren ebenfalls hier. Der Markt funktioniert auch ohne Staatseingriff. Kürzungen schlagen wir vor um mehr als 3,5 Millionen Euro. Wir brauchen eine Konzentration auf kulturellen Film, auf Nachwuchsbereiche, die wirklich Förderung brauchen.

Besonders absurd finden wir die Förderung des Fusion Campus, 500.000 Euro für ein Unternehmen, das von Ubisoft getragen wird, ein französischer Konzern mit Milliardenumsätzen. Hinzu kommt Gladstone Capital, ein internationaler Investor. Diese Unternehmen brauchen kein Steuergeld. Sie nehmen es gerne mit, aber sie sollten es nicht vom deutschen Steuerzahler erhalten. Hier schlagen wir Streichungen von 100.000 Euro für passgenaue Einzelprojekte vor.

Wir brauchen vor allen Dingen ein Fundament einer freien Gesellschaft, Subsidiarität, Eigenverantwortung und Marktwirtschaft. Was wir hier im Haushalt sehen, ist leider das Gegenteil. Mit unseren Anträgen stellen wir die Staatsferne der Medien wieder

her. Das ist keine Kulturfeindlichkeit, keine Medienfeindlichkeit, das ist Respekt vor dem Steuerzahler, Bekenntnis zu einer Gesellschaft, in der nicht der Staat bestimmt, sondern der Bürger. Die AfD-Fraktion lehnt diesen Haushalt ab und hofft auf die Annahme unserer Änderungsanträge, auch wenn das eher irrational ist.

Frank Jablonski (GRÜNE): Man muss nicht über jedes Stöckchen springen und jeden Unfug kommentieren, aber das kann und will ich jetzt so nicht stehenlassen, was mein Vorredner gerade hier kundgetan hat.

Ich möchte nur einen Punkt herausnehmen, das Bonn Institute, das seit Jahren eine hervorragende Arbeit im Bereich konstruktiven, kritischen Journalismus leistet. Ihm eine vorgegebene Weltanschauung zu unterstellen, ist schlicht und ergreifend falsch. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei den Mitarbeitenden für ihre konstruktive, großartige journalistische Arbeit der letzten Jahre und beim ganzen Bonn Institute zu bedanken.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD empfiehlt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Haushalts- und Finanzausschuss die Annahme des Einzelplans 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.

Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran: Möchte die Landesregierung etwas dazu sagen? – Möchte sie.

Ministerin Ina Brandes (MKW):

Der Kulturhaushalt ist in diesem Jahr in dynamischer, aber zum Glück günstiger Entwicklung. Ich hatte schon bei der Einbringung am 25. September gesagt, dass wir auf Sicht fahren und eventuelle Gestaltungsspielräume, die sich bieten, konsequent nutzen wollen. Das haben wir schon im Oktober getan, als wir aufgrund zurückfließender Mittel eine zwar kleine, aber schon spürbare Erleichterung erzielen konnten. Deshalb freue ich mich natürlich, Ihnen heute sagen zu können, dass sich seit der Vorlage des Haushaltsplanentwurfs für die Planung 2026 weitere neue Spielräume ergeben haben. Diese Spielräume werden im Rahmen der nun vorliegenden Ergänzungsvorlage umgesetzt.

Konkret ist vorgesehen, den Kulturhaushalt 2026 im Vergleich zum Haushaltsplan 2025 mit einem Volumen von 310.310.900 Euro um 7,957 Millionen Euro auf insgesamt 318.268.700 Euro zu erhöhen. Zum Vergleich: Im ursprünglich eingebrachten Haushaltsplanentwurf der Landesregierung war für das Jahr 2026 ein Kulturetat von 301.842.900 Euro vorgesehen. Bereits zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 28. Oktober konnte dieser Betrag auf rund 304 Millionen angehoben werden.

Die damals vorgestellten Verlagerungen, die vor allem in die Titelgruppe 80 zur Stärkung mittelfristiger Förderungen vorgenommen wurden, bleiben in vollem Umfang erhalten.

Insgesamt fließt der nunmehr zusätzliche Aufwuchs von rund 14 Millionen im Vergleich zur Vorlage 18/4341, die ich am 28. Oktober hier vorgestellt habe, nahezu ausschließlich in die Titelgruppe 81. Diese Mittel dienen drei wesentlichen Zielen.

Erstens ermöglichen sie die Rücknahme geplanter Kürzungen bei Förderprogrammen. Ich hatte in der letzten Sitzung betont, dass die Dauerförderungen in der Titelgruppe 80 abgesichert werden müssen, weil sie stabile Strukturen sichern. Nun können wir darüber hinaus die Projektförderung stärken.

Zweitens soll ein weiterer Anteil dieser zusätzlichen Mittel in den Einstieg in die Absicherung der Honoraruntergrenzen fließen. Damit tragen wir zur sozialen Nachhaltigkeit in der Kulturarbeit bei und würdigen die Leistungen derjenigen, die tagtäglich zum kulturellen Leben unseres Landes beitragen. Zur Ausgestaltung dieses Einstiegs befinden wir uns in einem engen Austausch mit dem Kulturrat.

Drittens werden wir gezielt Investitionen in Kulturbauten und Maßnahmen zur Nachhaltigkeit fördern. Auf diese Weise verbinden wir die Stärkung der kulturellen Infrastruktur mit einer zukunftsorientierten Entwicklung.

Der Aufwuchs des Kulturetats ist gerade in einer so schwierigen Haushaltslage natürlich ein starkes Bekenntnis der Landesregierung zum Kulturstandort Nordrhein-Westfalen und zur vielfältigen Kulturszene unseres Landes.

Unverändert gilt natürlich trotzdem: Sollten sich im Haushaltsverzug 2026 noch weitere Möglichkeiten ergeben, etwa durch Rückflüsse oder nicht verausgabte Mittel, können die Budgets einzelner Förderprogramme im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit weiter angepasst werden. Auch künftig werden wir jede Chance nutzen, um die kulturelle Vielfalt in Nordrhein-Westfalen zu sichern und zu stärken.

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Somit kommen wir zur Generalaussprache und zur Aussprache über die Vorlage 18/4518, Kulturetat. Herr Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Wir haben jetzt die Vorlage eines Haushaltes, der ein wenig niedriger ist als der 2023er und ca. auf dem Stand von 2022 ist, der aber deutliche Verbesserungen zu dem Planentwurf hat. Es ist jetzt nicht so, dass ich nicht gerne kritisiere, aber wenn was gut ist, muss es auch so benannt werden, und diese Vorlage ist jetzt – ich habe in der Rede gesagt, man muss nicht besoffen werden vor Glück – gut. Vor allen Dingen in der jetzigen Zeit ist sie gut. Sie ist auch deswegen gut, weil nicht nur mehr Geld drin ist, sondern weil eben in der Zeit, die Sie beschrieben haben, nicht bei der Kultur gekürzt, sondern der Etat erhöht wird. Das ist ein richtiges und ein wichtiges Zeichen. Das ist ein richtiger Trend, der sich hier darstellt. Dafür möchte ich Ihnen danken, denn es ist jetzt eine gute Vorlage.

Wir haben einige Fragen. Die Vorlage hat uns erst vor zwei Tagen erreicht.

Welche Schwerpunkte sind bei der Filmförderung – da sind ja jetzt weitere Aufwüchse hineingegangen – damit verbunden? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist, was mit den zusätzlichen Mitteln im Bereich der kommunalen Museen geplant ist.

Dann hatten Sie gerade Baumaßnahmen angesprochen. Ich frage, welche Sachen sich dahinter verstecken.

Die vierte Frage wäre noch mal zu einer weiteren Aufschlüsselung in den Übersichten. Wir hätten gerne eine komplette Aufschlüsselung in allen Bereichen. Ich frage jetzt mal konkret nach dem Bereich der darstellenden Künste, inwieweit hier auch die Bereiche allgemeine Projektförderung, Spitzenförderung, die Kinder- und Jugendtheater, Tanz etc. davon umschlossen sind. Es ist ja als Globaltitel reingegangen. Was versteckt sich dahinter in der weiteren Aufschlüsselung?

Yvonne Gebauer (FDP): Wir besprechen heute den Kulturhaushalt für das kommende Jahr 2026. An dieser Stelle darf man wohl sagen: Dieser Haushalt ist aus mehreren Gründen außergewöhnlich, zum einen hinsichtlich seiner neuen Ausgestaltung, die es einem alles andere als leichtmacht, diesen Haushalt in Gänze und in Tiefe nachzuvollziehen, zum anderen aber – mein Kollege Bialas hat es schon angesprochen – auch hinsichtlich der schönen und wundersamen Geldvermehrung seit seiner Einbringung, die eben zu der Rücknahme der Kürzungen geführt hat. Man könnte sagen: „ein gelungener Coup“, aber man kann noch mehr sagen: „eine sicherlich sehr schöne Überraschung“, die wenige Stunden nach der letzten Ausschusssitzung bei vielen Betroffenen der Kulturszene zu – so würde ich es mal so nennen – vorsichtiger Freude geführt hat.

Diese Freude – das sage ich ganz ausdrücklich – sei allen von Herzen gegönnt, waren die vergangenen Wochen und Monate doch von überdurchschnittlich großer Besorgnis geprägt, bedingt durch angekündigte, durch zum Teil schon vollzogene, durch Rücknahme von Kürzungen, durch das berühmte Fahren auf Sicht. Sie haben das immer wieder gesagt, Frau Ministerin Brandes, dass Sie auf Sicht fahren werden. Die Flamme der Hoffnung haben Sie hochgehalten, dass eventuell weitere Mittel noch aufgetrieben und Kürzungen wieder zurückgenommen werden können. Das Hoffen hat sich zumindest für einige im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt gemacht, für andere auch nicht, so ehrlich muss man sein.

Der Preis für das Auf-Sicht-Fahren, mitunter auch manchmal im Nebel, hat jedoch seine Spuren in der Kulturszene hinterlassen. Denn – das durfte ich in vielen Gesprächen miterleben – es hat eine enorme physische, aber auch enorme finanzielle Anstrengung der Beteiligten erfordert, in diesem Aufstellungsnebel den eigenen kulturellen Kompass zu behalten. Ich finde, dass man generell, aber auch hier das Kulturministerium seiner Lotsenfunktion gerecht werden muss, damit wiederum die Kultur ihrem Auftrag – ganz besonders in schwierigen Zeiten – gerecht werden kann. Die Kulturpolitik ist kein Schlauchboot, das man einfach manövrieren kann, sondern sie ist ähnlich wie viele andere Bereiche ein Tanker, der den Kurs frühzeitig einschlagen muss, um am Ziel anzukommen.

Für den Haushalt 2027 würde ich mir daher für die Kulturszene wünschen, dass dieses Fahren auf Sicht mit Verabschiedung des vorliegenden Haushaltes ein Ende findet, damit alle durch konkretes Wissen planen und handeln können und natürlich ihre Kräfte ganz dem kulturellen Auftrag widmen können.

Neben der Rücknahme der Kürzungen ist weiter positiv zu bemerken, dass Sie die Anregungen des Kulturrates hinsichtlich der Einführung einer sogenannten Zwischenebene nicht nur aufgegriffen, sondern auch umgesetzt haben, vielleicht nicht in dem Umfang, den wir uns alle gewünscht oder auch erwartet haben, aber im Ansatz und auch im versprochenen Zeitrahmen. Ich stelle aber gleichwohl die Frage, warum dies erst auf Wunsch oder auf Nachfrage des Kulturrates geschehen ist und nicht gleich zusätzlich als Information zur Einbringung des Haushaltes. So viel Detailwissen sollte ein Ministerium eigentlich parat haben und als Information zum Haushalt den Abgeordneten mitliefern. Sonst bleibt zumindest der Eindruck im Raum, dass eine vollständige Transparenz bezüglich des Haushaltes nicht zwingend gewünscht ist.

Eine weitere Anmerkung seitens der FDP-Fraktion bezieht sich auf die Ankündigung weiterer Bündelungen. Die ist sowohl hier im Ausschuss das letzte Mal getätigt worden als auch im Berichterstattergespräch. Ich möchte hier und heute zu bedenken geben, dass mit weiteren Bündelungen auch die Intransparenz bezüglich der Lesbarkeit des Kulturhaushaltes weiter steigen kann bzw. weiter steigt. Das ist eine Aussicht, die wir Freien Demokraten weder für hilfreich noch für zielführend erachten.

Ein letztes Thema, das hier schon angesprochen worden ist, ist das wichtige Thema der Honoraruntergrenzen. Zu denen hatten Sie, Frau Ministerin, sowohl heute als auch in der letzten Sitzung des Kulturausschusses berichtet. Ich freue mich, dass es hier einen engen Austausch mit dem Kulturrat gibt, und hoffe, dass dort gemeinsam eine gute Lösung gefunden wird.

Auch wenn durch die Rücknahme der Kürzungen das Schlimmste erst einmal abgewendet worden ist, bleibt dieser Haushalt in Teilen nicht auskömmlich. Ich nenne hier die Stichworte „Tarifsteigerung“ und „Inflationsausgleich“. Er bleibt in Teilen nicht ausgeglichen zwischen institutioneller Förderung und Förderung der freien Szene. Er bleibt in meinen Augen auch hinsichtlich des gemeinsamen Schwerpunktes der kulturellen Bildung nicht deutlich erkennbar. Und er bleibt in Teilen ein Stück weit noch eine Blackbox.

Uns Parlamentariern – ich habe das zu Beginn schon gesagt – wird die Arbeit durch die Neuaufstellung des Haushaltes erschwert, mitunter auch gar nicht möglich gemacht. Das Budgetrecht war und ist das Königsrecht des Parlaments. Es ist die vornehmste Aufgabe für uns als Parlamentarier, den Landeshaushalt zu verabschieden und so über sämtliche Ausgaben zu entscheiden. Was aber ist, wenn wir keine umfänglichen Kenntnisse mehr durch den Haushaltsentwurf erhalten, um eine Entscheidung treffen zu können? Können wir Parlamentarier das Regierungshandeln mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf noch in Gänze und in Tiefe nachvollziehen? Kann die parlamentarische Kontrollfunktion noch ausgeübt werden? Kann ich mich zu diesem Haushalt noch verhalten und – wenn ja – wie? Das sind Fragen, die wir bei diesem Haushalt im Rahmen dieser Neuaufstellung uns als Abgeordnete selbst stellen müssen.

Ich kann durchaus verstehen, dass man als Ministerium gerne Veränderungen hinsichtlich der Vereinfachung in der Zusammenarbeit auch mit der Bezirksregierung erzielen möchte. Das ist mir alles nicht unbekannt. Aber Transparenz, Nachvollziehbarkeit und die Wahrung der Rechte der Parlamentarier müssen jederzeit gewährleistet sein. Und das, so ist meine Überzeugung, ist mit diesem Haushalt in der jetzigen Form so nicht gegeben bzw. nicht möglich.

Frank Jablonski (GRÜNE): Ich versuche es jetzt noch mal mit ein bisschen Harmonie. Wir haben häufig ein ähnliches Zielbild in diesem Ausschuss, auch wenn wir uns über die Wege nicht immer so sehr einig sind. Gerade dem ersten Teil der Rede des Kollegen Bialas möchte ich ausdrücklich zustimmen. Das ist eine sehr, sehr positive Verbesserung. Das sind gute Nachrichten für die Kultur hier in Nordrhein-Westfalen. Es wird auch deutlich, dass wir unseren Schwerpunkten treu bleiben, nicht nur, dass sehr viel Geld in die Projekte jetzt wieder reinfließt, sondern kulturelle Bildung, Provenienzforschung, Nachhaltigkeit, Teilhabe, regionale Vielfalt etc. sind nach wie vor Schwerpunkte, und dabei bleiben wir auch.

Zum Thema „Stabilität“ und „auf Sicht fahren“. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass es richtig war, dass wir seit Anfang des Jahres in wirtschaftlich, haushalterisch sehr schwierigen Zeiten erst mal sehr vorsichtig und zurückhaltend finanziell geplant haben. Solche Themen kann man natürlich strategisch auch anders begleiten – das ist vollkommen richtig –, und natürlich hat das auch eine gewisse Unsicherheit in verschiedenen Sparten verursacht, wir sind aber auch in den engen Dialog eingestiegen und haben viele Lösungen gemeinsam erarbeitet.

Für heute kann ich sagen: Das sind sehr, sehr gute Neuigkeiten, die übrigens auch bundesweit wahrgenommen werden, dass wir auch in diesen wirtschaftlich extrem herausfordernden Zeiten es geschafft haben, Kürzungen im Kulturbereich in einen Aufwuchs zu verändern. Ich glaube, wenn wir unser gemeinsames Zielbild nicht aus den Augen verlieren, werden wir auch gemeinsam in diesem Ausschuss durch diese unübersichtlichen Zeiten manövrieren.

So weit zu meinem Harmonieanteil.

Heike Wermer (CDU): Ich möchte natürlich in diesen Reigen der Harmonie und Freude über den vorliegenden Kulturhaushalt gerne einsteigen.

Liebe Kollegin Gebauer, ja, es gab eine gewisse Dynamik in diesem Haushalt und in diesem Haushaltsberatungsverfahren, von der Einbringung des Haushalts über die Entwicklung in den letzten Sitzungen hier im Ausschuss. Da sind wir uns alle einig. Umso mehr freut es mich, dass es der Landesregierung und vor allen Ina Brandes gelungen ist, für uns zu kämpfen, dass wir diesen Aufwuchs erhalten, dass wir jetzt gestärkt aus den letzten Jahren hervorgehen, dass wir wirklich einen Aufwuchs haben im Vergleich zu den letzten zwei Jahren und damit den leicht negativen Trend durchbrechen konnten, obwohl wir uns natürlich immer noch in anstrengenden und wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewegen und es dementsprechend keine Selbstverständlichkeit ist, dass der Kulturetat über einen Aufwuchs verfügen darf.

Meine Kollegin Andrea Stullich hat für den Medienbereich schon die Schlagworte „investieren“, „priorisieren“ und „konsolidieren“ genannt. Das war das Leitthema unseres Finanzministers. Ich glaube, diese Vorzeichen dürfen wir alle nicht vergessen. Unter diesen Vorzeichen stand ja auch der ursprünglich eingebrachte Haushaltsplanentwurf im Bereich Kultur. Umso schöner ist es, dass wir jetzt eben vermehrt investieren dürfen.

Dementsprechend möchte ich hier ausdrücklich das Handeln der Ministerin loben. Der Satz „Wir fahren auf Sicht“ hat sich gerade im Rückblick bewährt. Ja, es gab durchaus Nebelphasen – das kann ich verstehen, Frau Gebauer –, aber was wäre die Alternative gewesen? Es war klar, dass wir irgendwie mit Kürzungen umgehen müssen. Die Ministerin hat immer versucht, ein Hoffnungsschimmer aufzuzeigen. Das war rückblickend richtig. Sie hat immer gesagt, sobald es möglich ist, Kürzungen zurückzunehmen, wird sie Wort halten und das tun. Das macht sie jetzt gerade. Dementsprechend bin ich sehr dankbar, denn die Alternative, die Kürzungen sehr drastisch vorzunehmen, allen Beteiligten im Zweifel das auch schon in größerem Umfang mitzuteilen, hätte für wahnsinnig starke Verunsicherung gesorgt. Und dann die Kehrtwende einzuschlagen, glaube ich, hätte für noch mehr Verwirrung gesorgt. Deswegen bin ich sehr dankbar für dieses umsichtige Handeln der Ministerin.

Natürlich ist uns allen daran gelegen, Stabilität und Vertrauen auszustrahlen. Ich finde, mit diesem vorliegenden Entwurf, mit der Ergänzungsvorlage schaffen wir das. Ich bin sehr zuversichtlich, was die kommende Zeit angeht.

Die Ministerin hat schon angesprochen, wo jetzt das zusätzliche Geld hineinfließt. Das kann ich nur unterstützen. Dementsprechend möchte ich hier ganz klar für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf werben und würde mich sehr über Ihre Zustimmung freuen.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Lassen Sie mich mit Formellem beginnen. Der Haushalt ist neu gegliedert, und es ist naturgemäß dann schwieriger, das mit den vorherigen Jahren zu vergleichen. Da hätte ich mir mehr Unterstützung für uns Parlamentarier gewünscht. Ich schließe mich da ausdrücklich der Kritik der FDP an. So wie die Gliederung aber ist, halte ich das für sinnvoll, und in den folgenden Jahren werden wir davon profitieren, dass diese Gliederung jetzt nun in dieser Form vorliegt.

Inhaltlich bin ich nicht mehr so positiv gestimmt. Angesichts der schwierigen Haushaltslage, der Zinslasten, steigender Verschuldung der öffentlichen Hand, steigender Kosten für Migration und der Investitionskosten werden wir in den kommenden Jahren diesen Aufwuchs auf keinen Fall mehr hinbekommen. Deswegen halte ich es für ein falsches Zeichen, diesen Aufwuchs jetzt in dem Haushalt so darzustellen. Wir sind schon nicht mal mehr in der Lage, die Kosten für unsere Verschuldung aus dem normalen Haushalt zu bezahlen. Für die Zinsen müssen wir uns verschulden. Wir zahlen 4 Milliarden Zinsen, 3,4 Milliarden nehmen wir an Schulden auf. Das ist ein schlechtes Zeichen.

Ich habe eben gehört, es gibt schwierige Zeiten. Die schwierigen Zeiten für den Bürger sehen so aus, dass wenige Kilometer Rhein aufwärts Ford eine Schicht fährt, und da ist nächstes Jahr Schluss, so wie das aussieht. Das sind schwierige Zeiten für die, und

da geht es nicht um Aufwuchs oder eine moderate Kürzung. Für die ist da die Arbeitslosigkeit, was die Leute als Zukunft sehen. Insofern hätte ich mir an der einen oder anderen Stelle in diesem Kulturhaushalt etwas mehr an Sparanstrengungen gewünscht.

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran: Danke schön. – Frau Brandes möchte sicherlich antworten. Die Harmonie ist gerade vorbei.

Ministerin Ina Brandes (MKW): Nein, die setzt sich jetzt sofort wieder ein.

Ich möchte zunächst auf die Fragen von Andreas Bialas eingehen. Erst einmal vielen Dank für Ihre positiven Worte. Das ist nicht selbstverständlich, dass Sie das sagen. Ich finde das wirklich sehr anständig. Dafür herzlichen Dank.

Sie hatten nach der Filmförderung gefragt. Ich möchte dazu etwas grundsätzlich sagen. Ich glaube, dass wir dadurch, dass wir in der Situation sind, zusätzliche Mittel zu haben und auch ein bisschen Spielraum zu haben, auch in der Verpflichtung sind, uns sehr gut Gedanken darüber zu machen, was wir mit diesem Geld machen, um auch die Resilienz in der Kulturszene zu stärken, vor dem Hintergrund dessen, dass wir wissen, was in vielen Kommunalhaushalten los ist, und wir eben auch nicht wissen, wie es sich bei uns – für 2027 bin ich relativ optimistisch – in den darauffolgenden Jahren entwickelt. Deswegen ist mir wichtig, dass wir beispielsweise in der Filmförderung, aber zum Beispiel auch in der Soziokultur einen Einstieg in eine strukturelle Förderung schaffen, die über mehrere Jahre hinweg angelegt ist. Das ist ein Petitum, das aus den beiden Szenen schon lange vorgetragen wird, was ich – das will ich ehrlich zugeben – politisch vor vier Jahren noch nicht nachvollziehen konnte, heute kann ich es nachvollziehen. Auch vor dem Hintergrund dessen, was wir miteinander erlebt haben in diesen Diskussionen, ist dieser Schwerpunkt „Resilienz“ einer, der sich in mein kulturpolitisches Bewusstsein inzwischen sehr eingebrannt hat. Deswegen glaube ich, dass wir jetzt auch eine Verantwortung haben in dem Moment, wo wir finanziell wieder etwas besser aufgestellt sind, hier Sicherheit und auch eine gewisse Planungssicherheit über eine solche Strukturförderung zu gewinnen, was im Übrigen Arbeitsplätze sichert.

Sie hatten nach den kommunalen Museen gefragt. Was wir jetzt gemacht haben, ist, dass wir zunächst alle Kürzungen, die wir sozusagen vorher einigermaßen proportional über die Sparten verteilt hatten, zurücknehmen. Das ist das Erste, was passiert ist. Der zweite Schritt, der dann passiert ist, ist, dass wir für die einzelnen Sparten einen Betrag genommen haben für das Thema „Einstieg in Ausgleich Honoraruntergrenzen“. Das verhält sich jetzt natürlich zwischen den Sparten unterschiedlich, weil wir zum Beispiel die kommunalen Museen im ersten Schritt deutlich stärker belastet hatten als die freie Szene, weil wir immer gesagt haben, wir brauchen einen Ausgleich zwischen den Institutionen und der freien Szene. Deswegen profitieren jetzt beispielsweise die kommunalen Museen stärker von dem, was wir jetzt gemacht haben, weil wir eben diese bisherige gedankliche Kürzung rückgängig machen und ausgleichen. Das heißt, das, was wir mit dem Geld jetzt machen, ist, ganz regulär die Förderprogramme auszuschreiben, die wir dort sowieso hatten, in der Höhe, wie wir sie in der Vergangenheit

auch hatten. Das Thema „Honoraruntergrenzen“ spielt ja bei den kommunalen Museen etwas weniger eine Rolle als zum Beispiel bei vielen Initiativen der freien Szene, aber ein bisschen eine Rolle spielt es da auch. Deswegen haben wir auch dafür etwas Vorsorge getroffen, aber natürlich in viel geringerem Umfang als zum Beispiel bei der Musik, weil da natürlich der Handlungsbedarf viel größer ist. Darüber sind wir uns, glaube ich, einig.

Bei den Baumaßnahmen geht es zum einen um die Kofinanzierung von Anträgen, die beim Bund gestellt werden, die wir auf die Art und Weise sicherstellen. Und wir haben da auch einen kleinen Puffer sozusagen drin. Das hatten wir in den vergangenen Jahren auch immer, weil es eigentlich in den vergangenen Jahren immer so war, dass eine kommunale Kultureinrichtung oder auch eine freie Kultureinrichtung sich bei uns gemeldet und gesagt hat, wir haben von Dritten Mittel eingeworben, wollen die hebeln und kann das Land da mit einsteigen? Das ist eigentlich, seit ich im Amt bin, jedes Jahr der Fall gewesen. Wir hatten diese dafür eigentlich vorgesehene Reserve natürlich jetzt komplett abgeschmolzen vor dem Hintergrund der Haushaltslage, wollen sie jetzt aber gerne wieder einrichten, damit wir handlungsfähig sind, falls ein solcher Wunsch an uns herangetragen wird. Wenn er nicht an uns herangetragen wird, dann werden wir die Mittel natürlich für andere kulturelle Projekte verausgaben. Das haben wir in den vergangenen Jahren auch immer so gehandhabt.

Das Ziel ist, alle Förderprogramme wieder auf dem ursprünglichen Niveau zu etablieren. Wie wir darüber hinaus jetzt mit weiteren Entwicklungen umgehen, was eben zum Beispiel das Thema „Honoraruntergrenzen“ angeht, da will ich jetzt der weiteren Diskussion nicht vorgreifen.

Sie hatten auch nach Spitzen- und Exzellenzförderung gefragt. Wir sind uns, glaube ich, darüber einig, dass die Ausgestaltung der einzelnen Förderprogramme, was die Höhe der Künstlerinnen- und Künstlerhonorare angeht, sehr divers ist, um es mal so auszudrücken. Also, wir haben Förderprogramme, wo wir eigentlich alle gemeinsam davon ausgehen, dass die so ausgestaltet sind, dass von den Budgets sozusagen Honoraruntergrenzen relativ problemlos eingehalten werden können. Wir wissen, dass es welche gibt, die ein bisschen auf der Kippe sind, und wir wissen, dass es welche gibt, wo es wirklich schwierig ist. Das haben wir auch mit dem Kulturrat besprochen, dass wir uns da jetzt ein gemeinsames Bild verschaffen müssen. Wir haben nicht genug Geld, um alles aufzufangen, was da irgendwo an Aufgaben auf uns zukommt. So schön es ist, dass wir jetzt mehr Mittel haben, wir müssen trotzdem vorsichtig damit umgehen. Deswegen würde ich gerne jetzt eine nächste Diskussionsrunde dazu mit dem Kulturrat abwarten – man will auch von dort aus einen Vorschlag machen, wie wir jetzt damit umgehen – und das dann weiter politisch beraten und dem jetzt nicht vorzugreifen.

Das waren, glaube ich, die Fragen. Ich hoffe, dass ich alle beantwortet habe.

Dann zu Yvonne Gebauer. Diesen Intransparenzvorwurf kann ich tatsächlich überhaupt nicht nachvollziehen. Er beruht, glaube ich, auf einem immer noch vorhandenen systematischen Missverständnis. Ich habe das auch in der vergangenen Sitzung und auch in der davor schon gesagt: Soweit wir es nicht hier explizit ausgesprochen haben, bleiben die Förderungen auf dem Niveau von 2025. – Wie ich es noch transparenter

machen soll, weiß ich nicht. Damit ist völlig klar, was beschlossen wird. Die institutionell Geförderten, wo wir Betriebskostenzuschüsse machen usw., haben in 2025 eine Förderzusage. Das, was wir gemacht haben, ist, das durchzuschreiben in 2026. Das haben wir auch aufgeschrieben, das habe ich auch in der Unterlage aufgeschrieben, die wir hier eingereicht haben. Das heißt, es ist vollkommen klar, was wir mit dem Geld tun.

Was die Förderprogramme angeht, ist auch vollkommen klar, was wir mit dem Geld tun, nämlich sie auf demselben Niveau weiter zu dotieren, auf dem sie bisher auch gewesen sind.

Also, ich wäre dankbar, dass wir da nicht irgendetwas hineingeheimissen, weil ich es schwierig finde, einerseits zu sagen, es gibt eine Verunsicherung in der Szene, und andererseits dieser Verunsicherung Vorschub zu leisten, indem Dinge in den Raum gestellt werden, die es einfach nicht gibt. Also, wir sind sehr transparent mit dem umgegangen. Alle werden auf derselben Höhe gefördert wie 2025. Die Förderprogramme werden auf demselben Niveau ausgestattet. Wir sprechen jetzt zusätzlich – Betonung auf „zusätzlich“ – über den Einstieg in das Thema „Honoraruntergrenzen“.

Was die Bündelung von Förderprogrammen angeht, haben wir auch das sehr transparent gehandhabt. Wir haben auch hier gesagt, welche Förderprogramme wir gebündelt haben. Wir machen das auch alles in engem Austausch mit den Betroffenen, weil wir eben auch keine Verunsicherung schaffen wollen. Ich habe es hier auch schon mehrfach gesagt, dass die gebündelten Förderprogramme in derselben Höhe, die eben dieser Bündelung entspricht, ausgeschrieben werden und auch mit denselben Inhalten. Also, es wird dasselbe gefördert, was in der Vergangenheit auch gefördert worden ist, nur mit einem erheblich geringeren bürokratischen Aufwand.

Das war die Beantwortung der Fragen.

Andreas Bialas (SPD): Die Darstellung im Bereich der Soziokultur, das Umswitchen auf den Bereich der Strukturförderung ist das eine. Das ist auch sehr positiv. Aber wir sprechen ja hier von einer Form von Förderart, die ja die Resilienz herstellt. Das andere waren immer jahrelange Diskussionen nicht nur um die Förderart, sondern auch um die Förderhöhe. Insoweit ist natürlich auch hier die Frage, inwieweit auch die Soziokultur finanziell mit Aufwüchsen rechnen bzw. dann eben in der resilienten Form auch über genügend Geld verfügen kann, dass sie tatsächlich das entsprechend sichern kann.

Es war für uns aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich, jetzt noch hier Anträge zu stellen. Die müssen wir ja auch ein Stück weit in unserer Fraktion rückkoppeln. Wir werden an anderer Stelle noch Änderungsanträge entsprechend einbringen, gerade im Bereich – das kann man sich vorstellen – der Soziokultur, aber auch zur Sicherung der Landestheater. Wir werden uns heute bei der Abstimmung enthalten.

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind wir am Ende der Beratung zum Einzelplan 06. Es gibt keine Änderungsanträge.

Man hat ja immer noch die Möglichkeit, in den Haushalts- und Finanzausschuss noch Änderungsanträge einzubringen. Somit sind wir am Ende der Debatte.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD sowie bei Enthaltung der SPD-Fraktion empfiehlt der Ausschuss für Kultur und Medien dem Haushalts- und Finanzausschuss die Annahme des Einzelplans 06 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.

4 Verschiedenes

a) Informationsfahrt anlässlich der Internationalen Filmfestspiele Berlin 2026

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran teilt mit, es sei eine gute Tradition, dass der Ausschuss zur Berlinale fahre und am NRW-Empfang teilnehme. Dieser Empfang finde am Sonntag, 15. Februar 2026, statt. Es sei beabsichtigt, eine Informationsfahrt durchzuführen. Reisen nach Berlin erfolgten mit dem Zug.

> Mit den Stimmen aller Fraktionen beschließt der Ausschuss, dass Herr Präsident um Genehmigung einer Informationsfahrt des Ausschusses vom 15. bis 16. Februar 2026 anlässlich der Berlinale nach Berlin ersucht wird.

b) Vorlage 18/4410 – Kulturförderbericht 2023

Mit der Vorlage 18/4410, so **stellv. Vorsitzender Volkan Baran**, sei dem Ausschuss der Kulturförderbericht 2023 zugegangen. Er frage, ob die Vorlage lediglich zur Kenntnis genommen oder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden solle.

Andreas Bialas (SPD) erkundet sich nach dem Kulturförderbericht 2022. – Diesen, so **Ministerin Ina Brandes (MKW)**, gebe es schon lange. Man werde ihn Herrn Bialas in einer E-Mail zusenden.

Andreas Bialas (SPD) fragt, wann mit dem Kulturförderbericht 2024 gerechnet werden können. – Zweites Quartal 2026, antwortet **Ministerin Ina Brandes (MKW)**.

Andreas Bialas (SPD) bittet darum, den Kulturförderbericht 2023 auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. – **Stellv. Vorsitzender Volkan Baran** sagt dies zu.

c) Frage Ralf Witzel (FDP)

Ralf Witzel (FDP) erkundigt sich nach dem Abwesenheitsgrund von Minister Liminski. Er bitte, das als Wertschätzung zu werten. Man freue sich immer, mit Kabinettsmitgliedern in den Austausch zu treten.

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran teilt mit, der Verhinderungsgrund sei bekannt. Das hätte man vielleicht vorher kundtun müssen. Es gebe ein Treffen der Chefs der Staatskanzleien bundesweit mit dem Chef des Bundeskanzleramtes in Berlin.

Ralf Witzel (FDP) fragt, ob das dem Ausschusssekretariat zuvor mitgeteilt worden sei.

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran antwortet, das Ausschusssekretariat habe die Termine eingetragen. Eine dezidierte Information des Ausschusses sei nicht erfolgt. Man werde mitteilen, dass Abwesenheitsgründe von Ministerinnen und Ministern benannt würden.

Eine Meldung an den Ausschuss durch die Landesregierung sei also nicht erfolgt, so **Ralf Witzel (FDP)**. – Nach seiner Kenntnis nicht, so **stellv. Vorsitzender Volkan Baran**.

5 Kulturelle Bildung im Bereich Film stärken: Nordrhein-Westfalen braucht eine Filmbildungsstrategie statt Kürzungen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/16204

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/16204 an den Ausschuss für Kultur und Medien am 5. November 2025)

Stellv. Vorsitzender Volkan Baran leitet ein, heute sei der erste Aufruf.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Andreas Bialas (SPD), eine Anhörung durchzuführen.

6 Zukunft des Oberschlesischen Landesmuseums *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [siehe Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/4500

Yvonne Gebauer (FDP) legt dar, normalerweise bedanke sie sich für Berichte des Ministeriums. Dieser Bericht sei allerdings so kurz und aussagelos, dass sie das heute nicht tue. Sie bedauere es auch, dass auf die Fragen in keiner Weise eingegangen worden sei, hätten doch zwei Vertreter des Ministeriums zum Beispiel an der Sitzung am 28. Januar 2025 im MKW teilgenommen, wo genau die Fragen, die sie gestellt habe, besprochen worden seien. Eine Entscheidung in der Haushaltsbereinigungssitzung des Deutschen Bundestages gebe es noch nicht, ob es diese Förderung hinsichtlich der Dauerausstellung und damit der Zuwendungsberechtigung gebe oder nicht, aber es wundere sie schon, dass an den vorangegangenen Gesprächen über den Verbleib des Museums generell, über einen Umzug des Museums die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MKW beteiligt gewesen seien. In Gesprächen schon im August 2024 hätten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MKW, wenn sie den Ausführungen der Stiftung Haus Oberschlesien Glauben schenken dürfe, gegenüber den Vertretern der Stiftung erklärt, dass sie die Erfüllung der Förderzwecke am derzeitigen Standort des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen-Hösel perspektivisch als nicht gegeben ansähen. Das sei eine klare Aussage seitens des Ministeriums hinsichtlich des Standortes. Wenn sie dann frage, auf welcher Basis, zum Beispiel Gutachten, Evaluierung, Fachgespräche oder Ähnliches, die Entscheidung fuße, dann erwarte sie, dass darauf Bezug genommen werde. Man gehe ja nicht in Gespräche und sage, dass für das Museum am Ort Ratingen-Hösel perspektivisch keine Zukunft gesehen werde, wenn man nicht gewisse Voraussetzungen geprüft habe, warum das nicht der Fall sei.

Sie habe mehr und mehr den Eindruck, wenn sie sich die Unterlagen und auch die Antwort auf ihre erste Frage anschaue, dass es sich hier um ein sehr heißes Eisen handele, das nach links und rechts geschoben werde. Wenn es so sein sollte, dass ein Umzug des Landesmuseums nach Essen stattfinde, dann müsse doch in dem Zusammenhang die Frage beantwortet werden, wie die momentane Ausstellung auf einer Fläche von über 1.000 m² mit 13.600 Objekten auf 300 m² untergebracht werden solle. Darüber ist ausweislich des Ergebnisprotokolls gesprochen worden, und es solle darüber auch weitergesprochen werden. Da interessiere sie, was aus diesen weiteren Gesprächen, die stattgefunden haben sollten, erfolgt sei. Insofern bitte sie um weitere Ausführungen zu den Fragen ihrer Fraktion bitten.

Ministerin Ina Brandes (MKW) antwortet, Frau Gebauer mahne Antworten auf ihre Fragen an. Die erste Frage laute, auf welcher Basis die Entscheidung des Ministeriums fuße. Die Antwort sei, es gebe keine Entscheidung des Ministeriums, denn diese Entscheidung stehe dem Ministerium nicht zu. Das habe sie im Bericht in aller Klarheit auch ausgeführt. Die Entscheidung über den Standort des Oberschlesischen Landesmuseums obliege den Gremien der Stiftung Haus Oberschlesien. Das habe man auch

schon sehr häufig in verschiedenen Zusammenhängen öffentlich gesagt, und das stehe auch im Bericht. Insofern sei die Frage, worauf die Entscheidung des Ministeriums beruhe, nicht zu beantworten, weil es keine Entscheidung des Ministeriums gegeben habe.

Es gebe – das sei auch bekannt – schon seit Längerem eine Diskussion über die Zukunft der oberschlesischen kulturellen Repräsentation in Nordrhein-Westfalen. Die Gemeinschaft insgesamt stehe vor großen Veränderungen, wie das bei vielen anderen Vertriebenenorganisationen auch der Fall sei, weil die Generation, die das erlebt habe, nicht mehr lange da sein werde. Das habe dazu geführt, dass sich in allen Vertriebenenverbänden die Mitgliederzahlen sehr nach unten entwickelt hätten und damit auch Strukturen infrage gestellt worden seien.

Mit dieser Frage hätten sich alle gemeinsam beschäftigt, inzwischen auch in einem großen Gesprächskreis mit dem Bundesvertriebenenbeauftragten und vielen anderen Beteiligten, die sich dankenswerterweise in diese Diskussion eingebracht hätten. Als Landesregierung habe man lediglich in den Raum gestellt, dass man – bekanntlich betrage die Förderung des Landes aufgrund der Verpflichtung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz 803.000 Euro – sich vor dem Hintergrund der Haushaltslage nicht imstande sehe, die Förderung darüber hinaus zu erhöhen, die ohnehin mit 803.000 Euro erheblich ist, wenn man sich die Größe des Museums und die Zahl der Besucherinnen und Besucher der vergangenen Jahre anschaue.

Die Beteiligten vor Ort hätten immer wieder deutlich gemacht, auch öffentlich deutlich gemacht, dass sie, damit der Betrieb dort weiterlaufen könne, erhebliche zusätzliche finanzielle Mittel bräuchten. Daraus habe sich die Diskussion entsponnen.

Im Raum stehe, dass sich der Bund in der Haushaltsbereinigungssitzung heute Abend dazu bekennen werde, wieder Mittel für Ratingen zur Verfügung zu stellen. Es ja auch schon mal in der Vergangenheit eine Bundesförderung ergeben. Aus dieser sei der Bund ausgestiegen. Das habe natürlich auch ein bisschen zu den jetzigen Schwierigkeiten beigetragen. Wenn er jetzt wieder einsteige und das auch kombiniere – so die aktuelle Diskussionslage – mit dem Einbringen seiner Fachkompetenz, die auf Bundesebene natürlich in einem deutlich größeren Umfang vorhanden sei als hier, dann glaube man, dass das ein Paket sein könne, das gut funktioniere und das auch für eine gute Zukunft vor Ort sorgen könne. Das sei aber ganz entscheidend von einer Bundesförderung und davon abhängig, dass es von dort auch eine strukturelle und organisatorische Unterstützung mit Fachkompetenz gebe vor dem Hintergrund der Herausforderungen dort, die aber kein Alleinstellungsmerkmal der oberschlesischen Gruppe seien, sondern das erlebe man im Moment bei vielen Vertriebenengemeinschaften aus offensichtlichen Gründen.

Yvonne Gebauer (FDP) bedankt sich für die Ausführungen. Dem entnehme sie, dass, wenn sich der Bund heute Abend positiv dazu verhalte, dass er die Mittel gebe, dass die Dauerausstellung entsprechend finanziell begleitet werde und der Förderzweck damit auch für das Land wieder erfüllt sei, dann der Standort Ratingen verbleiben könne.

Ministerin Ina Brandes (MKW) merkt an, die Standortentscheidung treffe nicht das Ministerium.

Das habe sie vernommen, so **Yvonne Gebauer (FDP)**, aber wenn Vertreter des Ministeriums gegenüber den Vertretern der Stiftung erklärten, dass sie die Erfüllung der Förderzwecke am derzeitigen Standort des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen-Hösel perspektivisch nicht als gegeben ansähen, dann sei das doch eine Aussage des Ministeriums. Das sei noch keine Entscheidung, aber zumindest eine Aussage des Ministeriums.

Ministerin Ina Brandes (MKW) betont, dem habe sie in keiner Weise widersprochen. Sie sei eben gefragt worden, ob damit der Standort in Hösel gesichert sei und bleibe, und sie habe gesagt, dass diese Entscheidung nicht dem Ministerium obliege.

gez. Volkan Baran	gez. Andreas Bialas
stellv. Vorsitzender	amt. Vorsitzender

2 Anlagen
18.11.2025/25.11.2025

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

NRW DIE FRAKTION SPD

Yvonne Gebauer MdL
Kulturpolitische Sprecherin

Andreas Bialas MdL
Kulturpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2696
andreas.bialas@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

03.November 2025

!

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2 / A12
Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL
[redacted]
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Berichtsanfrage der SPD- und FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 13.11.2025 zum Thema „Aktueller Sachstand zum Kulturetat 2026“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 13. November 2025 beantragen wir einen Berichtspunkt zu dem Thema

„Aktueller Sachstand zum Kulturetat 2026“

Im ersten Haushaltsentwurf der Landesregierung (Drs. 18/15000) war im Einzelplan 06 des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft eine Kürzung des Kulturetats um rund 8,4 Millionen Euro für das Jahr 2026 vorgesehen. Mit der Vorlage 18/4341 vom 21. Oktober 2025 teilte die Ministerin mit, dass weitere 2,3 Millionen Euro dem Kulturhaushalt zur Verfügung gestellt werden können. Damit hätte sich die ursprünglich vorgesehene Kürzung auf rund 6,1 Millionen Euro verringert. Nach einem Bericht des WDR vom 30. Oktober soll es nun keine Kürzungen mehr geben, sondern eine Erhöhung des Kulturetats um acht Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.[1]

Vor diesem Hintergrund bitten wir Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, der die folgenden Fragen beantwortet:

> Um welchen eurogenauen Betrag erhöht sich der Kulturetat im Einzelplan 06 im Vergleich zu 2025 nach aktuellem Stand?

[1] https://www1.wdr.de/kultur/kulturnachrichten/nrw-kulturetat-erhoehung-100.html; zuletzt abgerufen am 31.10.2025

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 I 884 I 4429
F: 0211 I 884 I 3669

yvonne.gebauer@landtag.nrw.de
www.gebauer-yvonne.de
www.fdp-fraktion-nrw.de

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

NRW DIE FRAKTION SPD

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen FDP

In welchen Titelgruppen, Titeln, Untertiteln und Gruppen der Untertitel erfolgen Veränderungen im Vergleich zur Vorlage 18/4341? (Bitte detailliert aufschlüsseln. Als weitere Spalte die nominalen Veränderungen zu den Beträgen in der Auflistung der Vorlage 18/4341 aufführen.)

Mit freundlichen Grüßen

Yvonne Gebauer MdL

Andreas Bialas MdL

Yvonne Gebauer MdL I FDP-Landtagsfraktion NRW I Platz des Landtags 1 I 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2 / A12
Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL
[redacted]
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Yvonne Gebauer MdL
Kulturpolitische Sprecherin

Düsseldorf, 3. November 2025

Berichtsanfrage der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 13.11.2025 zum Thema „Zukunft des Oberschlesischen Landesmuseums“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die nächste Ausschusssitzung am 13.11.2025 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

Zukunft des Oberschlesischen Landesmuseums

Das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen ist seit Jahrzehnten eine zentrale Einrichtung der Erinnerungskultur in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus. Es bewahrt nicht nur die Geschichte und Kultur der Oberschlesier, sondern leistet einen bedeutenden Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Als Ort des Dialogs, der Bildung und der Selbstvergewisserung über Herkunft und Identität erfüllt es eine unverzichtbare gesellschaftliche und kulturpolitische Aufgabe.

Die im öffentlichen Diskurs angekommenen Überlegungen zu einer möglichen Verlagerung oder gar Schließung des Museums lösen daher berechtigte Nachfragen aus.

Das Museum ist ein moderner Lernort mit transnationaler Perspektive. Es ermöglicht den Dialog über die gemeinsame europäische Geschichte, über Migration, Vertreibung und kulturelle Identität. Seine Sammlungen, Ausstellungen und Bildungsangebote sind Ausdruck eines lebendigen Austauschs.

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 I 884 I 4429
F: 0211 I 884 I 3669

yvonne.gebauer@landtag.nrw.de
www.gebauer-yvonne.de
www.fdp-fraktion-nrw.de

Wir bitten daher die Landesregierung unter Berücksichtigung nachfolgender Fragen um einen schriftlichen Bericht:

Auf welcher Basis, wie z.B. Gutachten, Evaluierung, Fachgespräche und ähnliches fußte die Entscheidung des Ministeriums für Kultur und Wisssenschaft (MKW) für die Verlegung des Oberschlesischen Landesmuseums in das Schaudepot des Ruhr Museums?

Wie beurteilt das Ministerium die Bedenken von Experten, wie z.B. von Herrn Prof. Stefan Berger von der Ruhr-Universität aus Oktober 2025, dass die Umsetzung der Arbeit nach § 96 des BVFG in der angedachten Form in Bezug auf die Möglichkeiten des Ruhr Museums und des Entwurfs des Kooperationsvertrages zu drastischen Einbußen bei Qualität, Kooperationen, Außenwirkung und Besucherzahlen nach sich ziehen würde?

Ist das Ministerium darüber informiert, wie weit die Gespräche mit dem Ruhr Museum zur Akquise weiterer Flächen vorangekommen sind, da bislang im Schaudepot nur ca. 300 qm zur Verfügung gestellt werden können, für die rund 13.600 Objekte des Oberschlesischen Landesmuseums aber eine Fläche von weit über 1000 qm benötigt wird?

Mit freundlichen Grüßen

.